

Aufruf für Hamburg zur IMK in Bremen am Mittwoch, 2.12.09

In Hamburg wurde die Bleiberechtsregelung trotz eines schwarz/grünen Senats völlig unzureichend umgesetzt. **Von über 8.500 im Jahre 2006 seit mehr als 6 bzw. 8 Jahren in Hamburg lebenden Geduldeten, wurden lediglich ca. 2120 Menschen eine Aufenthaltserlaubnis nach der Bleiberechtsregelung und erteilt, das sind nicht einmal 25 %,** hiervon erhielten nur ca. 2040 eine Aufenthaltserlaubnis auf Probe, da die Hamburger Ausländerbehörde ihre eigenständige Versorgung nicht als gesichert ansieht. In Folge der Wirtschaftskrise und der mangelnden Qualifizierung nach langjährigen Arbeits- und Ausbildungs-verböten wird aber eine eigenständige Versorgung auf absehbare Zeit nur für die wenigsten Betroffenen erreichbar sein.

Von Innensenator Ahlhaus und der schwarz-grünen Koalition fordern wir:

- Dauerhaftes Bleiberecht für alle in Hamburg lebenden Flüchtlinge!

Die Hamburger Regierungsparteien sind aufgefordert, einen entsprechenden Beschluss zur Neufassung der Bleiberechtsregelung zu fassen und in die kommende Innenministerkonferenz einzubringen.

- Abschiebestopp sofort!

Der Senat muss ab sofort einen umfassenden Abschiebeschutz für Flüchtlinge und MigrantInnen, die durch die Situation im Herkunftsland gefährdet sind gewährleisten. Aufgrund besonderer Dringlichkeit fordern wir die Hamburger CDU/GAL-Regierung auf, sich auf der IMK für einen sofortigen bundesweiten Abschiebestopp in folgende Länder einzusetzen und in Hamburg alle geplanten Abschiebungen in diese Länder sofort zu stoppen:

* **in die Krisengebiete Irak und Afghanistan:** In diesen Ländern herrschen kriegs- bzw. bürgerkriegsähnliche Zustände. Eine Rückkehr ist nur unter Lebensgefahr möglich.

* **nach Guinea:** Dieses afrikanische Land wurde in der Vergangenheit immer wieder durch schwere bürgerkriegsartige Unruhen und Übergriffe von Seiten der Regierung erschüttert, zuletzt am 28. September 2009, wobei mindestens 157 Tote und mehr als 1200 Verletzte zu beklagen waren. Dem Chef der Militärregierung Moussa Dadis Camara werden gravierende Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen.

* **in das Kosovo:** Die Bundesregierung plant die Rückführung zehntausender Kosovo-Albaner, die u.a. auch Minderheiten angehören. Ein Rücknahmeabkommen wurde zwischen der BRD und dem Kosovo beschlossen, obwohl gerade Minderheiten, u.a. Serben und Roma, im Kosovo

inhumane und menschenunwürdige Lebensumstände bis hin zu Menschenrechtsverletzungen und offener Gewalt drohen. Die geplanten Abschiebungen von Roma in das Kosovo sind unverantwortlich.

* **nach Syrien:** Auch mit diesem Land wurde von der BRD ein Rücknahmeabkommen abgeschlossen, obwohl die Menschenrechtslage in diesem Land katastrophal ist. Mehrere aus der BRD in dieses Land abgeschobene Menschen wurden inhaftiert. Innerhalb von nur sieben Wochen endeten so drei Mal Abschiebungen von Deutschland nach Syrien im Gefängnis.

* **in den Iran:** In den letzten Monaten ist mehr als deutlich geworden, dass Oppositionelle im Iran mit massiver Gewalt bedroht werden und um ihr Leben fürchten müssen.

* **nach Griechenland:** Im Rahmen von sog. Dublin-Verfahren werden Flüchtlinge in den EU-Staat abgeschoben, der für die Durchführung eines Asylverfahrens zuständig ist. Es liegen zahlreiche Berichte vor, dass Griechenland für eine unverhältnismäßig große Anzahl von Flüchtlingen zuständig und mit dieser Situation überfordert ist. Dies hat zur Folge, dass Flüchtlingen in Griechenland unter Verstoß gegen geltendes EU- und Völkerrecht keine den Mindestanforderungen genügenden Aufnahme- und Verfahrensbedingungen erhalten. Menschenrechtsorganisationen und UNHCR berichten u.a. von schweren Misshandlungen von Flüchtlingen, von Einsperren – auch Minder-jähriger – auf engstem Raum in Lagern, wie Pagani auf Lesbos, Obdachlosigkeit und Abschiebungen in die Türkei. Zahlreiche deutsche Gerichte – auch das Bundesverfassungsgericht – haben deshalb Abschiebungen nach Griechenland ausgesetzt.

- **Keine Abschiebeanhörungen** durch korrupte Delegationen und Botschaften!

- keine Verwendung von auf diese Art gekaufter Reisepapiere, für die Abschiebung von Flüchtlingen und MigrantInnen!

Um von den in Bremen tagenden Innenministern **Bleiberecht für Alle** und einen **Abschiebestopp** einzufordern, werden wir auch von Hamburg aus zur Demonstration nach Bremen fahren.

Die Demonstration in Bremen beginnt um 17.00 h ab Bürgerweide/Hauptbahnhof.

Fahrt nach Bremen am Mittwoch, 2.12.09:

- Hamburg Hbf ab 15.15 h, Gleis 14 a/b, ME Bremen Hbf an 16.29 h

- Hamburg Hbf ab 16.15 h, Gleis 13 a, ME Bremen Hbf an 17.29 h

Treffen für gemeinsame Fahrt 15 min. vorher vor dem Reisezentrum im Hbf. – Preis mit Niedersachsen-Ticket (für 5 Personen): 28,-- €